

em anderen Ge-
ffen gibt es ja
deutsche Partei.

Schlagwort der
die kein grü-
en, muß ja auch
den. Mit dem
wird die Ab-
gleichmäßigkeit
zu verlieren könnten,
in jedem sichtbar
Nutzungen viel
der Besitzer von
geglaubt, den
tern und unter-
auch noch die
geworben vor-
nur geringen
liche Landbund,
s ausgegangen
harte Abwehr-
Bausatzungen
sich gefährdet
durch steuerliche
ung ausgesetzt
sung in Sü-
Vorschlag der
weiteres ange-
die Ossigkeiten
der Swans-
gleich ein neuer
Sicht ist, wird
nicht großlich
nur also auch
en Friedens,

Zeitung in Naunhof

Mitteilungen für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Bencha, Borsdorf, Eicha, Edelmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteenberg, Klinga, Rötha, Lindhardt, Ponitz, Schmölln, Thonberg, Witzsch)

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Frühjahr wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr
ab den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 5.—, jährlich Mk. 9.—,
ohne Auslagen, Post einfach der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle höherer
Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebs, daß der Besitzer
keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Abonnementpreise: Die gesetzliche Korpuszeit 70 Pg., auswärts 80 Pg. Ein-
licher Teil Mk. 1.50. Reklamezeit Mk. 1.50. Beilagegebühr pro Hundert Mk. 2.—
Anzeige bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erstellungsdatums,
größere noch früher. — Alle Anzeigen-Berichtigungen nehmen Ausdruck entgegen.
Bestellungen werden von den Ausdruckern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Druck und Verlag: Güntz & Gute, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Beruf: Amt Naunhof Nr. 2.

Nummer 110

Freitag, den 16. September 1921

32. Jahrgang

Amtliches.

Verteilung von amerikanischem Weizenzumehl.

In der Zeit vom 15.–17. Sept. Aug. der vom 15. Aug. bis 25. September 1921 werden auf Abschiff 16. laufenden Brotharte

250 g amerikanisches Weizenzumehl zum Preis von 2,50 Mk. ausgegeben. Getr. Grimma, 12. September 1921.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

Der Landtag hat für die in Not geratenen Kleinrentner zu deren Unterstützung einen Betrag zur Verfügung gestellt. Die Hilfe wird nur auf Antrag gewährt. Antragsberechtigt sind nur solche Kleinrentner, die im deutschen Reichsstaat angehörig sind, am 1. Dezember 1920 in Sachsen bereits ihren Wohnsitz gehabt haben, das sechzigste Lebensjahr — bei alleinstehenden Frauen das fünfzigste — überschritten haben oder vollständig erwerbsunfähig sind, von keiner anderen, öffentlichen oder privaten Seite laufende Bezugslage in Geld oder Lebensbedarfsförderungen (z. B. Alters-, Militärversorgungs-, Sozialrenten, Pensionen, Unterhaltsbeiträge, Siftungsmittel), im Kalenderjahr 1920 nicht mehr als 2500 Mk. — Einkommen aus Kapital- oder Grundbesitz gehabt haben. — Einträge sind bis zum 24. September 1921 von den Rentnern bei der unterzeichneten Gemeindebehörde einzureichen. Vorbrücke können von solchen Rentnern, die nicht dem Verein der Mittel- und Kleinrentner angehören, im Meldeamt des Rathauses hier, Zimmer 11 entnommen werden.

Naunhof, am 15. September 1921. Der Bürgermeister.

kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die wirtschaftlichen Sanktionen am Areal sollen über den 15. September hinaus noch mehrere Wochen andauern.

* Der in Bamberg tagende deutsche Juristentag nahm eine Entscheidung an, die gegen Deutschland angewandten Sanktionen für rechtswidrige Gewaltmaßnahmen, die den Völkerfrieden verletzen, erklärte.

* Bei der Untersuchung in der Morbach-Erzberger wurden in München sieben ehemalige Offiziere, lebige Studenten, verhaftet, die der Mittwissenschaft verdächtig sind.

* Die sogenannte kleine Entente droht erneut mit einem Eingreifen in Ungarn, falls es sich länger gegen die Erfüllung des Friedensvertrages sträbe.

* Der italienische Ministerrat hat die Ausdehnung der Wehrpflicht auf Deutsch-Tirol beschlossen.

* Mehrheit in London und Konstantinopel einlaufende Nachrichten berichten von einem Rückzug der Griechen vor den andäugenden Türken in Kleinasien.

Genfer Allerlei.

Die Völkerbunderversammlung am Genfer See, der im vorherigen Jahre, als sie zum ersten Male zusammentrat, ohne weitere die Ausführlichkeit der ganzen Welt gesichert war, muß sich diesmal große Mühe geben, um mit ihren Verhandlungen größere Beachtung zu finden. Die Zeitumstände sind den Geschäften, die sie treibt, nicht gerade günstig. Man weiß von vornherein, es werden abermals gewaltige, wundervolle Reden gehalten, es werden Kommissionen über Kommissionen eingesetzt, und es werden vielleicht sogar auch Beschlüsse gefasst. Die Welt wird aber um bestwillen nach wie vor der Tagung ihren Gang weitergehen, als wäre dieser große Aufwand in Genf unverlängert geblieben.

Vorläufig stellt dieser Völkerbund nichts weiter als einen Notbeharr dar, dem man damals in Versailles schadenhafter Leben einhauchen mußte. Nun muß er auch ab und zu zeigen, daß er da ist. Nehmen wir zum Beispiel das arme Deutsch-Ostreich. Schon seit mehr als 14 Tagen sollte es sich im Besitz des Burgenlandes befinden, das auf Geheiß der Ententeregierungen von Ungarn zu räumen war. Es ist auch geräumt worden, aber nicht von den Ungarn, sondern von der österreichischen Gendarmerie, die den schwachen Versuch gemacht hatte, diesen Besitz der Siegerstaaten zur Ausführung zu bringen. Jetzt erlebt die Wiener Regierung Hilfe vom Völkerbund. Der aber erklärt beschieden, in diesem Fall sei der Oberste Rat zuständig, dem er gelegentlich den Vorfall zu lassen habe. Oder: Der Streit um Vilna soll geschlichtet werden. Hier ist der belgische Vertreter mit Ausgleichsvorschlägen beauftragt worden. Er hat die Frage viele Monate lang studiert und endlich eine Regelung ausgearbeitet, die an Künstlichkeit der Konstruktion kaum noch zu übertriften ist. In Genf sollte es sich entscheiden, ob Litauen und Polen den hier gebotenen Weg zum Ausgleich beschreiten würden. Die Polen haben innerhalb der festgelegten Frist nicht einmal eine Antwort für nötig befunden; die Litauer haben höflicherweise zugestimmt, ihre Zustimmung aber an so viele und so schwierigende Vorbedingungen geknüpft, daß sie einem Nein so ähnlich sehen wie ein Ja dem anderen.

Was Deutschland betrifft, so ist es in Genf von seiner Aufnahme in den Völkerbund vollkommen still geworden. Die österreichische Frage wird hier und da von diesem oder jenem Redner mit unverbindlichen, zuweilen auch mit unverständlichen Worten gestreift. Aber über die Beseitigung eines so faulen Unrechtes, wie es die wirtschaftlichen und gar erst die militärischen Sanktionen in Westdeutschland sind, regt sich leider dieser sogenannten Vorkämpfer für Recht und Gerechtigkeit auch nur im mindesten auf. Man muß schon warten, bis einmal ein Delegierter aus Indien die Rednertribüne besteigt, um aus seinem Munde Worte der Anerkennung für Deutschland zu hören. Er hatte Klage zu führen über die Rassendifferenzen, die in gewissen Mandatsgebieten neuerdings gemacht würden. „Wir müssen daran erinnern“, sagte er, „daß in diesen Gebieten und besonders in Westafrika, die Deutschen nicht die bedauernlichen Unterschiede zwischen den Rassen gemacht haben“. Man erinnert sich noch, daß die Entente Deutschland für unfähig und unwürdig erklärt hat, die Schuhwerkstatt über Völkerstufen niedrigerer Kultur auszuüben, und daß ihm unter diesem Vorwand seine Kolonien bis auf den letzten Rest geraubt wurden. Man hat sie dann im Mandatswage unter sich verteilt — mit dem Erfolg, daß die so begüldeten afrikanischen Völkerstäaten mehr und mehr und immer lauter nach der früheren deutschen Herrschaft zurückverlangen! Von darf man natürlich in Genf nicht reden. Man darf nur, sozusagen zwischen den Zeilen, andeuten, daß die Deutschen einst in ihren Kolonien ihre Sache doch recht gut gemacht haben.

Um so geschrägter ist man in der Völkerbundversammlung, wenn es sich darum handelt, sich gegenseitig mit Schmeicheleien zu überschütten. Man glaubt immer noch Eindruck auf die Völker der Welt zu machen, wenn man sich bescheinigt, daß Freiheit und Glückseligkeit das einzige Ziel der Versammlung sei. Wo sich leise Zweifel an der Bedeutung der Körperschaft und einer Zweckdienlichkeit ihres Wirkens hervortragen, zeigt sich sofort an den fahrenden Siedlern eine Empfindlichkeit, wie sie sonst nur ersten Bühnensternen zu eigen zu sein pflegt. Ein Unglücksrabe hatte fürsichtig anzubieten gewagt, daß bei den Entscheidungen des Völkerbundsrates besonderer Einfluss des österreichernd gewesen sei. Herr Wellington Cox, der Präsident des Völkerbundsrates, beeilte sich, diese scharfe Ausstellung mit Emphase zurückzuweisen, wobei er allerdings hinzufügen mußte, daß, wenn es nicht immer möglich war, den verschiedenen Parteien bei der Lösung eines Konfliktes Genugtuung zu verschaffen, daß weniger an dem Völkerbundrat als in der Natur des Konfliktes gelegen habe. Damit ist offen eingestanden, daß der Völkerbundrat in seinem Bestreben, alle Streitigkeiten dieser Welt auf friedlichem Wege zu schlichten, genau auf die gleichen Schwierigkeiten stößt, die früher den Bemühungen der Staatsmänner vor der Zeit des Weltkrieges sich ebenfalls blinder in den Weg stellten. Der Völkerbund wurde in Genf gefragt, was sein anderes Mittel zur Kontrolle der Rüstungen gewisser Länder als die Friedensverträge, und es gäbe keinen anderen Weg zur Ausübung dieser Kontrolle, als indem ein besonderer Untersuchungsrat zur Überwachung dieser Friedensverträge eingesetzt werde. Mit lauter Räten und Reden will man also eine bessere Zukunft für die Menschheit herausschaffen. Wer glaubt noch daran, daß sie auf diesem Wege wirklich herausschaffen kann? Dr. Sy.

Die Mörder Erzbergers.

Verhaftungen und Entlassungen.

Über Schulz und Tilleßen, die beiden mutmaßlichen Mörder Erzbergers, kommen jetzt noch einige Mitteilungen. Sie haben seit April 1921 in einem Hause in verschiedenen Stockwerken in der Maximilianstraße 33 zu München gewohnt und sich weiter nicht offiziell benennen. Man wurde auf sie erst dadurch aufmerksam, daß der Besitzer des Gasthofes zum Hirschen in Oppenau sich zweier Gäste erinnerte, die unter den angegebenen Namen zur Zeit des Mordes bei ihm wohnten und noch den Tod verschwanden. Auf Grund der umfangreichen Erhebungen konnten die Personalien ziemlich genau festgestellt werden. Die besonderen Merkmale, das verkümmerte Ohr bei Schulz und die abnorme Nasenbildung bei Tilleßen, die angegeben werden konnten, führten auf die Münchner Spur der Flüchtigen. Auch die Zeit der schnellen Abreise der beiden von München — sie meldeten sich nicht ab und ließen ihr Gedächtnis zurück — ist ein schlagender Beweis. In München trafen ein Generalstaatsanwalt und ein Staatsanwalt sowie ein Landgerichtsrat aus Offenburg und Karlsruhe ein, um die Erhebungen fortzuführen. Mit den Münchener Behörden wurden sofort Haussuchungen angeordnet, die erhebliches Material lieferierten. Tilleßen ging aus seiner Münchener Wohnung zwischendurch zum Selbstschluß nach Oberschlesien, Schulz war ebenfalls abwesend. Beide sind dann vom 27. August, also einen Tag nach Erzbergers Ermordung, bis zum 31. August in München geblieben, und zwar in ihrer Münchener Wohnung. Die Berliner Kriminalpolizei hat über die Täter ferner festgestellt, daß sie von ihrem Berliner Aufenthalts am 6. August nach

Sachsenland abgereist sind; noch vor dem 13. waren die ersten Zeilen von ihnen nach Berlin, die den Poststempel München trugen. Eines der jungen Mädchen aus der Familie, bei der sie in Berlin gewohnt hatten, sollte am 30. August nach Garmisch-Partenkirchen kommen, wo es von Schulz und Tilleßen erwartet wurde, bekam jedoch ein Absagetelegramm, da sie am 31. August aus Bayern abreisen müssten.

Münchener Offiziere verhaftet.

Durch das Zugreifen der badischen, württembergischen und bayrischen Kriminalbeamten wurden folgende Personen verhaftet, die in Beziehung zum Mord an Erzberger stehen sollen: Manfred v. Kittinger, Eberhard Knauter, Alfred Hoffmann, Herbert Müller, Fritz Otto Henrich, Karl Schneider und Johannes Leue. Sämtliche sind teils aktive, teils Reserveoffiziere, und zwar zum größten Teil von der Marine.

Kittinger wird beschuldigt, vor Begehung des Mordes an Erzberger die Tat mit Tilleßen und Schulz besprochen zu haben und nach der Begehung der Tat seiner vorherigen Auseinandersetzung das Gespräch der Mörder bei sich verdeckt und dem Schulz direkt zur Flucht verholfen zu haben.

Ergebnislose Haussuchung bei Dr. Heim.

Ein Münchener Telegraphenbüro berichtet von einer bei Heimat Dr. Heim in Regensburg vorgenommenen und völlig ergebnislos verlaufenen Haussuchung. Diese Nachforschung dürfte damit zusammenhängen, daß Heims Schwiegersohn als Vermieter in eine zufällige Beziehung zu Tilleßen gekommen sein soll. Wie es heißt, beabsichtigt Dr. Heim im Reichstag Beschwerde gegen die von nicht-bayerischen Polizeibeamten vorgenommene Haussuchung zu erheben.

Die Berliner Freunde.

In Berlin war eine Familie festgenommen worden, mit denen die Flüchtigen früher in Verkehr gestanden haben. Merkwürdigweise wird der Name der Familie nicht genannt. Die Festgenommenen, unter ihnen ein ehemaliger Fahrricht zur See, der 1919–20 zusammen mit den Mörfern bei der Brigade Ehrhardt Dienst getan hatte, standen in nahen Beziehungen zu den Tätern. Drei Wochen vor der Niedertat waren die Mörder von München nach Berlin gekommen und hatten hier vom 6. bis 11. August bei dem festgenommenen gewohnt. Die gleichzeitig mit der Festnahme vorgenommene Haussuchung förderte mehrere Photographien der Mörder und handschriftliche Korrespondenzen zutage. Die Vernehmung der Siedler hat ergeben, daß sie ihrer politischen Gefinnung nach auf rechtsradikalem Boden stehen und daß sie die Person und das Wirken Erzbergers auf das schärfste verurteilen. Da ihnen aber hinsichtlich des Mordes weder eine Mittwissenschaft noch eine Mittwissenschaft noch eine Begünstigung nachgewiesen werden kann, sind sie wieder aus der Haft entlassen worden.

In Potsdam stellte sich ein Mann, der sich als Lieutenant Kurt Hüttner bezeichnet und erklärt, einer der Mörder Erzbergers zu sein. Im Befehl des Verhafteten wurden Papierstücke gefunden mit dem Stempel „Arbeitsgemeinschaft Büzezahl“. Die Polizei stellt Erhebungen an.

Eine Verschwörung?

Verhaftung eines angeblich führenden Mannes.

Berlin, 14. September.

Einzelstehende bürgerliche Berliner Zeitungen beschäftigen sich augenblicklich mit der von ihnen behaupteten Entdeckung eines weitverzweigten Neiges geheimer Nachrichten-Zentralen in Schlesien, die nach den Darstellungen der Blätter von rechtsradikaler Seite betrieben wurden. Nach der Auflösung des Selbstschutzes sollen sich einige Organisationen wie die Arbeitsgemeinschaft Rohrbach und ähnliche Arbeitsgemeinschaften verstärkt haben, ohne daß ein sichtbares Ziel dafür vorliegt. Bestrebungen zur Auflösung sei Widerstand entgegengesetzt worden mit der Bemerkung, es werde nur dem Befehl der Deutsch-nationalen Partei Folge geleistet. Mehrere Gruppen der Organisation seien im Befehl großer Geldmittel gewesen. Ein eigener Kurierdienst München — Berlin — Oppeln wäre eingerichtet worden. Zentralist wäre das Schloß Bielau bei Riesa gewesen. Häfen sollen zu dem Schauspiel des Mordes an Erzberger führen. Die offiziellen Abwicklungsstellen für den Selbstschutz hätten sich ferngehalten von diesen Gemeinschaften, ihre Bildung hätten sie nicht verhindern können. Gerichtsweise wurde immer wieder von „Jagdkommandos“ gesprochen, die Feinde der nationalen Sache zu besiegen hätten. Die Angehörigen dieser Nachrichtenzentrale hätten unberechtigte Kriminal- und militärische Ausweise geführt, Verschleppungen im Besitz und im unbefestigten Schleien vorgenommen und eine sehr rege Heimstätigkeit enthalten. In Breslau sei es zu nachweisbaren Verschleppungen gekommen.

In den letzten Tagen sei es gelungen, einen der Leiter dieser Reubischauer Organisation festzulegen. Es ist der bekannte antisemitische Privaldagazett Arnold Ruge aus Heidelberg, welcher falsche Ausweise unter dem Namen